

Das Sammeln von Unterschriften unter den Ramsteiner Appell endet am 31. Januar 2018.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 005/18 – 10.01.18**

Zum Abschluss der Unterschriftensammlung für den Ramsteiner Appell

Am 31. Januar 2018 endet die seit Mai 2006 laufende Sammlung von Unterschriften unter den nachfolgend abgedruckten Ramsteiner Appell, der auch unter <http://ramsteiner-appell.de/> aufzurufen ist:

***Angriffskriege sind verfassungswidrig –
von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen!***

Wir Bürgerinnen und Bürger fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Nutzung von Militärbasen auf unserem Territorium und die Einbeziehung des Luftraums über der Bundesrepublik zur Vorbereitung und Führung von völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskriegen sofort durch einen Beschluss unserer Volksvertretung zu verbieten, wie es der Artikel 26 unseres Grundgesetzes zwingend vorschreibt.

Bis zum 09.01.18 haben diesen Appell immerhin 19.669 Mitmenschen unterschrieben; dafür möchten wir uns bei allen Unterzeichnern und Unterschriftensammlern herzlich bedanken. Ganz sicher wären sehr viel mehr Unterschriften zusammengekommen, wenn die organisierte deutsche Friedensbewegung und ihre Wortführer von Anfang an erkannt hätten, dass sich nur mit den Unterschriften von Millionen Wählern politischer Druck auf die Abgeordneten des Bundestages ausüben lässt; vermutlich hätten diese, um wiedergewählt zu werden, nicht mit so großer Mehrheit immer wieder neue Auslandseinsätze der Bundeswehr beschlossen oder die Komplizenschaft der Bundesregierung beim US-Drohnenkrieg so kampfflos durchgehen lassen.

Den Krefelder Appell (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Krefelder_Appell) gegen die Stationierung neuer Atomraketen haben in den 1980er Jahren noch über vier Millionen Bundesbürger unterzeichnet, die diversen Unterschriftenaktionen gegen diverse Kriegseinsätze der Bundeswehr haben es höchstens auf einige zehntausend Unterschriften gebracht und keinerlei messbare Wirkung erzielt.

Ähnlich dürfte es der jüngsten Unterschriftenaktion "abrüsten statt aufrüsten" (s. <https://abruesten.jetzt/>) ergehen, die auch noch an den falschen Adressaten gerichtet ist – an eine irgendwann vielleicht doch noch zustande kommende Bundesregierung und nicht an den Bundestag, der die geplanten Erhöhungen der Verteidigungsausgaben beschließen muss.

In Anbetracht der wachsenden Kriegsgefahr müssten stattdessen möglichst viele Menschen die viel drängenderen Forderungen "Kündigung des Stationierungsvertrages und Austritt aus der NATO" unterschreiben.

Wir bitten unsere Leser, bis zum 31. Januar noch mindestens 500 Unterschriften unter den Ramsteiner Appell zu leisten (s. <http://ramsteiner-appell.de/unterzeichner.php>) oder zu sammeln (s. <http://ramsteiner-appell.de/dl/ramsteiner-appell-formular.pdf>), damit wir dem Petitionsausschuss des neu gewählten oder noch einmal neu zu wählenden Bundestages den immer wichtiger werdenden Appell wenigstens mit 20.000 Unterschriften überreichen können (s. dazu auch <http://ramsteiner-appell.de/docs/2009-12-30.html>).

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern